

RHEINLAND-PFALZ/RHEIN-MAIN

„Freie Kita-Träger sind in großer Not“

Lebenshilfe plant Petition / Finanzprobleme seien so groß, dass es für viele Träger in Rheinland-Pfalz um die Existenz geht

Von Christopher Hechler

MAINZ. Die Warnung könnte kaum deutlicher formuliert sein: „Die Zeit drängt, Kindertagesstätten in freier Trägerschaft stehen vor dem Aus. Dies bedroht insbesondere die Situation von Kindern mit schwersten Beeinträchtigungen und deren Familien.“ So klar begründet die Lebenshilfe Rheinland-Pfalz ihre im November gestartete Petition, bei der im Titel von „Existenzieller Gefährdung“ die Rede ist. Online haben bisher mehr als 6.300 Personen mitgemacht.

„Zusätzlich liegen mehr als 1.000 handschriftliche Unterschriften vor“, schreibt die Lebenshilfe und schiebt nach: Die Kommunikation mit den Verantwortlichen, darunter die rheinland-pfälzische Landesregierung, sei „davon geprägt, dass die Verantwortung auf die jeweils andere Ebene verschoben wird“. Zu den Hauptproblemen gehörten die Finanzierung der Kitas an sich und der Eigenmittelanteil, den freie Träger dazu beisteuern sollen.

Dieser Anteil, der im Kita-Gesetz des Landes (KiTaG) geregelt ist, überlaste gemeinnützige Einrichtungen, die „unter Fachkräftemangel und steigendem Kostendruck leiden“, moniert die Lebenshilfe. Ziel der Petition sei, Gesetzgeber und Kommunen zum Dialog und zu Korrekturen bezüglich des



Die Planungen von Kitaplätzen sind keine Sandkastenspiele.

Foto: Christoph Soeder/dpa

Gesetzes zu bewegen. Sie richtet sich an Ministerpräsident Alexander Schweitzer, Bildungsminister Sven Teuber, Sozialministerin Dörte Schall (alle SPD) sowie die kommunalen Spitzenverbände.

Der Eigenanteil ist nicht monetär beziffert. Er kann auch durch Leistungen, die ein freier Träger anbietet, abgedeckt werden. Doch in den

meisten Kommunen verliefen individuelle Verhandlungen dazu nicht so, dass es zur Deckung aller Kita-Betriebskosten kommt, sagt Sven Friedrich, Geschäftsführer des Lebenshilfe Landesverbands Rheinland-Pfalz, im Gespräch mit dieser Redaktion.

Integrative Kitas – wie sie beispielsweise von der Lebenshilfe betrieben werden –

haben Plätze für Kinder mit und Kinder ohne Beeinträchtigungen. „Die Plätze für Kinder mit Beeinträchtigungen waren in der Vergangenheit voll über die Eingliederungshilfe finanziert, die Einrichtungen dadurch stabil abgesichert“, sagt Friedrich. Diese Absicherung sei durch die aktuelle Auslegung der Gesetzgebung weggefallen.

Verhandlungen zur Finanzierung – insbesondere im Bereich integrativer und heilpädagogischer Kitas – liefen seit Jahren ergebnislos, betont Friedrich. Er moniert, dass sich die zuständigen Stellen in Kommunen und auf Länderebene gegenseitig die Verantwortung zuschöben und auf Haushaltslagen verwiesen. Die Folgen, mahnt die Lebenshilfe: Kürzere Betreuungszeiten, Schließungen von Gruppen, Überlastung von Personal, Rückschritte bei der Förderung von Kindern mit Beeinträchtigung. Einzelne Einrichtungen prüften, ob sie ihren Dienst einstellen müssen. Friedrich ist mit seiner Geduld am Ende: „Schluss mit Lippenbekenntnissen!“ Für den 12. Dezember sei in zahlreichen Kitas ein Protesttag geplant.

Gesetz soll weiterentwickelt werden

Das rheinland-pfälzische Bildungs- und das Sozialministerium teilen gemeinsam mit, dass bei der Finanzierung von inklusiven und integrativen Einrichtungen über das Kita-Gesetz hinaus auch die Eingliederungshilfe greife. Zusätzliche Leistungen darüber, beispielsweise für Personal, könnten beim Finanzieren individueller Bedarfe von Kindern mit Beeinträchtigungen helfen.

Weiter heißt es: „Wir werden

das KiTaG in der nächsten Legislatur weiter entwickeln. Auch bei der Regelung zu integrativen Kitas werden wir die Rückmeldungen aus der Praxis aufnehmen und prüfen, ob und welche Änderungen notwendig sind“, so die Ministerien. Es gebe außerdem „Kommunen, die mit ihren freien Trägern zu beidseitig guten Vereinbarungen kommen. Dort kann die Trägervielfalt gestärkt werden.“ Mancher freie Träger sei wegen der Regelungen des aktuellen KiTaG sogar erst nach Rheinland-Pfalz gekommen.

Die Lebenshilfe will am Freitag mit einem Wunschzettel gefüllte Nikolausstiefel an Staatssekretär Denis Alt vom Sozialministerium und Andreas Göbel, Geschäftsführer der Direktor des Landkreistages, übergeben. Lisa Diener, die Geschäftsführende Direktorin des Städtetages, soll auch einen bekommen. Sie teilte auf Anfrage mit: „Die Ziele der Petition decken sich in vielen Punkten mit unserer Einschätzung der Herausforderungen im Kita-Bereich. Das Kita-System ist weder auskömmlich noch verlässlich finanziert.“ Zwischen freien Trägern und Jugendämtern bestehe Einigkeit darüber, dass eine „deutlich höhere Landesbeteiligung an der Kita-Finanzierung notwendig ist. Beide Seiten haben die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit erreicht.“